



Niederschrift

5. Sitzung Hauptausschuss
14. Januar 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

**Punkt 2 der Tagesordnung: Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an vier Schulen für den Zeitraum 20. April 2020 bis 28. Juli 2021 mit der Option auf Vertragsverlängerung
Vorlage: 2019/1330**

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt von den Erläuterungen Kenntnis und stimmt der Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an das Helmholtz-Gymnasium, das Lessing-Gymnasium, die Adam-Remmele-Schule und die Südend-Grundschule für den Zeitraum 20. April 2020 bis 28. Juli 2021 mit der Option auf bis zu zweimalige Vertragsverlängerung bis maximal zum Schuljahr 2022/2023 an die vorgeschlagenen Firmen zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, der Sauder GmbH, Bruchsal, für Los 1, der El Tucano GmbH & Co. KG, Wiesbaden, für Los 2 und der Ehrenfried Betriebe GmbH, Heidelberg, für die Lose 3 und 4 den Zuschlag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf.

Stadtrat Hofmann (CDU) zeigt sich verwundert, dass ein Anbieter aus Heidelberg fast einen Euro günstiger liefern könne, als jemand aus Bruchsal, obwohl er den doppelten Weg habe. Ihn interessiere, ob nach den neuen Qualitätsrichtlinien, die man jetzt beschlossen habe, das gleiche Ergebnis herauskomme.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) bittet um Mitteilungen, woher die anderen Anbieter gekommen seien, um einen besseren Vergleich zu haben. Auch sollten die Verlängerungsoptionen in Zukunft nicht gezogen werden, weil man dann mit den neuen Kriterien ausschreiben könne und nicht den alten Vertrag nach den alten Kriterien verlängere.

Stadträtin Melchien (SPD) merkt an, man habe wiederholt in der Vergangenheit die Entfernung der Anbieter kritisiert. Man sei froh, dass bald die neuen Kriterien zum Tragen kämen.

Wer könne diese Option der Verlängerung ziehen? Seien das die Firmen? Ihrer Fraktion sei daran gelegen, dass die betreffenden Schulen dies entscheiden können. Prinzipiell sei wichtig, künftig Regionalität stärker wertzuschätzen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) geht es insbesondere um die Option. Die jetzige Ausschreibung könne man nicht verschieben, bis die neuen Qualitätsstandards abschließend definiert seien. Inwieweit könne diese Ausschreibung relativiert werden in der Sache dieser optionalen Verlängerung? Könne man es prüfen, konkret machen, dass diese Option dann zumindest mit den neuen Qualitätsstandards erfüllt werden müsse?

Herr Frisch (Schul- und Sportamt) geht auf die aufgeworfenen Fragen ein. Man könne nicht sagen, ob bei der Ausschreibung ein anderes Ergebnis herausgekommen wäre, wenn man schon die neuen Standards hätte zugrunde legen können. Vorausschicken wolle er, dass diese Ausschreibung nicht geplant gewesen sei. Ein in Karlsruhe ansässiger Caterer habe darum gebeten, den Vertrag zu beenden.

Die Firma Ehrenfried habe eine Produktionsstätte in Karlsruhe, was die Anfahrtswege relativere. Man werde die neuen Kriterien bei allen künftigen Ausschreibungen zugrunde legen. Wenn sich zeige, dass man nicht zufrieden sei mit dem, was die Caterer bieten, wenn die Schulen nicht zufrieden seien, könne man als Auftraggeber die Option ziehen, den Vertrag nicht zu verlängern.

Mit den neuen Kriterien betrete man Neuland. Man sei einer der wenigen Auftraggeber im Bereich Schulverpflegung, der solche Kriterien habe. Jetzt müsse man Erfahrungen sammeln. Von daher sei es gut, dass man immer einzelne Tranchen habe und nicht alles auf einmal ausschreiben müsse. Man werde in einem gemeinderätlichen Gremium einen Bieterdialog durchführen und die Bieter über die Kriterien informieren.

Frau Beer (Schul- und Sportamt) ergänzt, die weiteren Anbieter seien alle aus dem Landkreis gewesen.

Der Vorsitzende merkt an, wenn eine Firma aus Wiesbaden sei, bedeute dies nicht, dass sie auch dort produziere. Insofern sei für die zukünftige Diskussion wichtig, die Produktionsstätte abzufragen und in der Auflistung aufzuführen.

Wenn man die Option ziehen müsse, müsse man den Hauptausschuss informieren, damit man miteinander im Dialog bleibe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt die einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
4. Februar 2020